

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

"Nationale Interessen": Deng Xiaoping als Realpolitiker

Der Streit um den Vorrang zwischen Real- und Moralpolitik sowie zwischen Erfolgs- und Gesinnungsethikern setzt in jüngster Zeit die deutsche Außenpolitik einer Zerreißprobe aus - man denke an die Stellungnahme Bonn's zur Tschetschenien-Frage und an den Streit mit der Türkei über den Einmarsch türkischer Verbände in den Nordirak mit dem Zweck, dort Partisanenstützpunkte der Kurden zu vernichten. Soll man die Tschetschenien-Politik Jelzins unterstützen, um damit die Stellung des russischen Staatspräsidenten zu stabilisieren, oder soll man sich im Namen der Menschenrechte gegen Jelzins Politik stellen? Soll man ferner die Türkei, der am Rande der östlichen NATO überragender geostrategischer Stellenwert zukommt, bei ihren Versuchen der Selbststabilisierung Schützenhilfe leisten, oder soll man sich über die Verletzung der Menschenrechte durch türkische Truppen beklagen - und deshalb u.a. ein Waffenembargo gegen den NATO-Verbündeten verhängen?

Die deutsche Außenpolitik konnte sich in diesen Fragen bisher nirgends klar und eindeutig entscheiden, sondern tat das eine, ohne das andere zu lassen.

Viele ausländische Kritiker fanden dieses Verhalten "enttäuschend" und verwiesen u.a. auf den "realpolitischen" Ansatz der Morgenthau-Schule, derzufolge die nationalen Interessen eines Landes in der Außenpolitik stets den Vorrang haben müßten. Nationale Interessen im weiteren Sinne, seien es nun Sicherheit, Militär oder Finanzen, müßten klar die Priorität vor übernationalen Fragen, wie beispielsweise den Menschenrechten, einnehmen. Vor die Wahl gestellt, müßten allemal die nationalen Interessen vorangehen.

Auch Chinas Graue Eminenz, Deng Xiaoping, hat sich im Laufe der Jahre über diese Fragen immer wieder Ge-

danken gemacht und ist bereits kurz nach seiner Machtergreifung, nämlich 1979, zu dem Ergebnis gekommen, daß die Interessen des Staates Ausgangspunkt für jede weitere Politik seien. China wolle seine Vier Modernisierungen vorantreiben und benötige deshalb eine "friedliche Umgebung". (*Selected Works of Deng Xiaoping (1975-1982)*, S. 171, 226) Kern der nationalen Interessen sei in China, wie in jedem Land der Dritten Welt, die Souveränität. Allgemein gesprochen bestehe das staatliche Interesse aus Sicherheits-, Politik-, Wirtschafts- und Kulturinteressen. Erste Priorität müsse immer der nationalen Souveränität zukommen. (*Selected Works*, vol. III, S. 334) Nationale Souveränitätsinteressen seien weitaus wichtiger als Menschenrechte. (Ebenda, S. 334) Zu den "politischen Interessen" gehöre hauptsächlich die politische Stabilität, ohne die es keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben könne. Auch die Verhängung des Kriegsrechts vom Mai 1989 wurde mit Stabilitätsüberlegungen begründet. (Ebenda, S. 336)

Es entspricht dem hierarchischen Denken der Chinesen, daß Deng Xiaoping auch eine klare Prioritätenfolge der Staatsinteressen fordert. In den frühen Jahren der Volksrepublik (1949 ff.) habe noch das Sicherheitsinteresse im Vordergrund stehen müssen. Seit Beginn der Reformen aber sei das wirtschaftliche Interesse immer wichtiger geworden.

Als Deng zu Beginn der 80er Jahre die drei Hauptaufgaben der KPCh definierte, nämlich Bewahrung des Weltfriedens, Wiederherstellung der nationalen Einheit des Landes und "Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaus", bezeichnete er erneut die Modernisierung als das Herzstück dieser drei Aufgaben. Auch der Armeeaufbau habe sich dem Wirtschaftsaufbau unterzuordnen, da die für das Militär unverzichtbaren Waffen nur von einer soliden Wirtschaft finanziert werden könnten. (Ebenda, S. 133)

Nationales und übernationales Interesse schlossen einander nicht aus. Chinas Interessen seien ein Teil der Weltinteressen. Wenn die VRCh sich wirtschaft-

lich entwickelt, übe dies beispielsweise auch auf die weltweite Wirtschaftsentwicklung insgesamt positiven Einfluß aus. Komme es doch einmal zu Interessenkonflikten, so müsse man sofort dazu übergehen, zunächst einmal die *gemeinsamen* Punkte zu finden und den Konflikt dann entsprechend zu relativieren. Dies wurde besonders deutlich bei den Auseinandersetzungen mit Indien sowie bei den Konflikten mit den USA, die nach dem 4. Juni 1989 entstanden. Zu einer Wiederversöhnung komme es, sobald die "Gegner" zu einer Anerkennung *gemeinsamer* Interessen fänden und in der Konfliktfrage dann entsprechende Kompromisse eingingen. (Ebenda, S. 338) Das wohl empfehlenswerteste Mittel zum gegenseitigen Einvernehmen seien die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz". Während die Idee der "sozialistischen Gemeinschaft", der "Blockpolitik" oder aber der "Einflußsphären" im Laufe der Jahre immer nur neue Konflikte hervorgerufen hätten, habe die Politik der "Fünf Koexistenzprinzipien" noch allemal konstruktive Ansätze mit sich gebracht. (Ebenda, S. 102)

Man darf gespannt sein, wie China Prinzipien dieser Art vor allem in der Spratly-Frage zur Geltung bringt! -we-

*(2)

China beim Weltsocialgipfel in Kopenhagen

Vom 6. bis 12. März 1995 fand in der dänischen Hauptstadt die Mammutveranstaltung des Ersten Weltsocialgipfels statt, an der sich nicht weniger als 118 Staats- und Regierungschefs in persona beteiligten.

Am Schluß publizierte der Gipfel eine Zehn-Punkte-Grundsatzklärung, in der die drei Hauptthemen der Veranstaltung, nämlich die Bekämpfung der Armut, die Vollbeschäftigung und die "soziale Integration" als Ziele festgeschrieben wurden: (1) Schaffung eines wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und grundsätzlichen Umfelds, das es den Menschen ermöglichen soll, sozialen Fortschritt zu erreichen; (2) Armutsbekämpfung soll in Zukunft als ein ethisches, soziales, politisches und wirtschaftliches Gebot der Menschheit erachtet und die Armut mit nationalen und internationalen Maßnahmen bekämpft werden; (3) Streben nach Vollbeschäftigung; (4) Förderung der sozialen Integration auf der Basis "Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Respekt vor Verschiedenheit, Chancengleichheit,

Solidarität, Sicherheit und Partizipation"; (5) Respekt vor der Würde des Menschen; Gleichberechtigung der Frauen; (6) qualifizierte Ausbildung und körperliche sowie geistige Gesundheit; (7) besondere Förderung Afrikas als eines der "am wenigsten entwickelten Länder"; (8) bei allen strukturellen Ausgleichsprogrammen soll Armutsbekämpfung, Vollbeschäftigung und soziale Integration im Mittelpunkt stehen; (9) Erhöhung der Beiträge für soziale Entwicklung durch nationale, regionale und internationale Zusammenarbeit; (10) besondere Verantwortung der UNO und anderer multilateraler Institutionen.

Dies alles waren wohlfeile Bekundungen, die kaum von verbindlichen Erklärungen der Regierungen begleitet waren. Kein Wunder, daß die Bewertung des Schlußergebnisses schwankte:

- Der malaysische Ministerpräsident Mahathir beispielsweise sprach von bloßem diplomatischen Tourismus: "Wir kommen von einer großen Konferenz zur anderen, rufen globale Aktionsprogramme mit hochgesteckten Zielen aus, aber die notwendigen Mittel stellen wir nicht zur Verfügung." (Zit. in: *Die Welt*, 13.3.95)

Andere Regierungen wiederum neigten dazu, die Symbolkraft des Gipfels besonders hoch einzuschätzen - allen voran der französische Staatspräsident Mitterrand, der darauf hinwies, daß die "soziale Dimension" noch vor wenigen Jahren auf der Tagesordnung der UNO so gut wie gefehlt, ja, als "Verrücktheit" gegolten habe.

Die Bundesrepublik Deutschland versprach ein Programm zur Bekämpfung von Kinderarbeit in einem Umfang von 50 Mio. DM. Außerdem wies Bundeskanzler Kohl darauf hin, daß die Bundesrepublik mit 11 Mrd. DM Entwicklungshilfe pro Jahr und einem Schuldenerlaß von 9 Mrd. DM auf Platz 4 aller Geberstaaten hinter den USA, Japan und Frankreich stehe.

Und China? Am 11. März hielt Ministerpräsident Li Peng seine Rede und schlug fünf Gegenmaßnahmen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Desintegration vor: (1) Aufrechterhaltung der friedlichen Koexistenz und Wahrung der globalen sozialen Stabilität; (2) Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, um damit gleichzeitig den allgemeinen sozialen Fortschritt zu fördern; (3) Respektierung des eigenen Entwicklungswegs jeder Nation;

(4) Festhalten an den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie des kontinuierlichen Ausbaus der internationalen Zusammenarbeit; (5) was die reichen Nationen anbelangt, so trügen sie eine größere Verantwortung für die Förderung des gemeinsamen Wohls der Menschheit. (XNA, 11.3.95)

Konkrete materielle Zusagen fehlten also auch in der Erklärung Li Pengs.

Li traf während des dreitägigen Gipfels mit Staats- und Regierungsführern aus Algerien, Chile, Kolumbien, Dänemark, Finnland, Deutschland, Japan, Indonesien, Indien, Malaysia, Pakistan, Peru, der Republik Korea, Spanien und Thailand zusammen. Er nutzte diese Besprechungen, um seine Partner über die innenpolitische Situation Chinas zu informieren und immer wieder darauf hinzuweisen, daß China für kein anderes Land eine Bedrohung darstelle und auch nicht versuche, seine eigene Ideologie zu exportieren.

Voraussetzung jeder sozialen Entwicklung seien Stabilität und nochmals Stabilität. Das Existenzrecht und das Recht auf Entwicklung seien die eigentlichen Grundrechte der Entwicklungsländer.

Die entwickelten Nationen sollten begreifen, daß sie sich mit ihrer Unterstützung zugunsten der Entwicklungsländer gleichzeitig selbst helfen. Die UNO möge an diesem Erkenntnisprozeß mitwirken.

Wie steht es um die Armut der asiatisch-pazifischen Region, für die eine UNO-Unterorganisation, die ESCAP (Economic and Social Commission for Asia and the Pacific), zuständig ist?

Zur ESCAP-Region gehören insgesamt 60 Länder und Gebiete, in der drei Fünftel der Weltbevölkerung leben und in der sowohl hochentwickelte Länder wie Australien und Japan als auch die 13 "am wenigsten entwickelten Länder" angesiedelt sind. In der ESCAP-Region prallen also die Widersprüche aufeinander.

Hinter den beiden wirtschaftlich führenden Ländern, Japan und Australien, folgen die "Vier asiatischen Drachen" (Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan), denen neuerdings Länder wie Malaysia, Thailand und Indonesien immer dichter auf den Fersen sind. Auch das Wachstum der VR China in den letzten 15 Jahren ist eindrucksvoll und liegt seit Beginn der 90er Jahre in doppeltstelliger Höhe.

Trotz dieser Fortschritte leben in der ESCAP-Region aber auch drei Viertel aller Armen in der Welt, nämlich 800 Millionen von weltweit insgesamt 1,1 Milliarden. Am dichtesten ist die Konzentration der verarmten Bevölkerung in Südasien, wo ihre Zahl zwischen 330 und 460 Millionen schwankt, je nach den zugrunde gelegten Kriterien.

Die höchste Armutsrate läßt sich in Bangladesh nachweisen: 86% der insgesamt 112 Millionen gelten als "arm". Als nächstes Land folgt Nepal (66%). In Indien mit seinen 850 Millionen und in Pakistan mit seinen 123 Millionen Einwohnern liegt die Armutsrate bei jeweils rd. 50%, in Indonesien, dem bevölkerungsreichsten Land Südostasiens, bei 38%.

Aber auch innerhalb der einzelnen Länder lassen sich gewaltige Gefälle ausmachen. In Indien beispielsweise ist die reichste Provinz 6mal wohlhabender als die ärmste. In China liegt dieses Verhältnis bei 1:2,5.

In allen ESCAP-Ländern auch lassen sich dramatische Gefälle zwischen Stadt und Land feststellen. Von den 800 Millionen "Armen" der ESCAP-Region leben beispielsweise nicht weniger als 640 Millionen (oder 80%) auf dem Land.

In einigen Ländern geht die Industrialisierung völlig an den Dörfern vorbei. Die Folge ist, daß die Wanderungsbewegungen immer verheerender ausfallen, sei es nun infolge dieser Gefälle, sei es wegen der Bodenverschlechterung oder den Preiserhöhungen für Düngemittel und Pestizide auf dem Lande. Aber auch diejenigen Arbeiter, die in Städte umgezogen sind und dort eine Industriearbeit gefunden haben, verdienen meist viel zu wenig, um davon ihre Familien ernähren zu können. Die Folge ist eine Spirale von Armut, Verbrechen, Drogenmißbrauch, Drogenhandel, Prostitution und anderen sozialen Übeln.

Häufig trifft es die Frauen, die 390 Millionen der insgesamt 640 Millionen armen Dörfler ausmachen, am härtesten. Schlimm auch das Schicksal der armen Kinder, angefangen von Unterernährung und Obdachlosigkeit bis hin zu Analphabetentum und Kinderarbeit. Nach Statistiken der ESCAP verdienen 18% der asiatischen Zehn- bis Vierzehnjährigen ihren Lebensunterhalt mit Kinderarbeit. In Südasien liegt die Unterernährung bei rd. 60% - und damit

weit über dem Durchschnitt von 36%, wie er für die übrigen Entwicklungsländer der Welt charakteristisch ist.

Zusätzlich gibt es in Asien 25-30 Millionen Straßenkinder und rd. 1 Million Kinder, die ihren Lebensunterhalt mit Prostitution bestreiten. (XNA, 27.2.95)

Bereits im Oktober 1994 war eine "Agenda for Action on Social Development" herausgegeben worden, in der sich die Regierungen verpflichtet hatten, die absolute Armut in Asien bis zum Jahr 2010 zu beseitigen. Außerdem haben die entwickelten Länder seit langem zugesagt, 0,7% ihres BSP für "official development assistance" zur Verfügung zu stellen.

Beim Kopenhagener Gipfel wurden diese Verpflichtungen und Zahlen fortgeschrieben. -we-

*(3)

Weiterer Aufwind im Tourismus

Der grenzüberschreitende Tourismus, der nach den Ereignissen vom 4. Juni 1989 einen dramatischen Rückschlag erlitten hatte, befindet sich in den letzten Jahren erneut in stürmischem Aufwind. 1994 kamen 43,68 Millionen Reisende aus dem Ausland, Taiwan, Hongkong und Macau zu unterschiedlichen Zwecken, z.B. zu Reisen, Besuchen, aber auch zu Handelszwecken in die VRCh, 5,2% mehr als 1993. Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus erreichten 7,3 Mrd. US\$. Die Zahl der von Reisebüros und anderen Organisationen betreuten internationalen Touristen betrug 7,6 Millionen (= +8,4% gegenüber 1993). Die Zahl der inländischen Touristen belief sich sogar auf 450 Millionen (= +9,8%). Die Touristik gilt als "Sonnenaufgangs"-Industrie, und man hofft, daß sich die VRCh zur Jahrhundertwende in den Zug der touristischen Großmächte der Welt einreihet.

Überall sind Innovationen im Gang. 1994 wurde beispielsweise die erste Handelsmesse für touristische Investitionen veranstaltet. Ferner werden immer mehr Urlaubsgebiete weiter ausgebaut. Erweiterungen auch bei der Infrastruktur: Bis Ende 1993 gab es im ganzen Land 2.354 Hotels mit 350.000 Zimmern sowie 3.086 Reisebüros. Die Branche beschäftigt mittlerweile mehr als zwei Millionen Angestellte, von denen sich 800.000 mit dem internationalen Tourismus befassen. Ferner gab es 46.000 Straßenfahrzeuge und 1.084 Schiffe ausschließlich für den Touris-

mus. Die Flughäfen wurden verbessert und beim Eisenbahntransport 341 Sonderlinien in Betrieb genommen. In mehr als 40 wichtigen Küstenstädten wurden Telefone eingerichtet, bei denen sich jedermann über unzureichende Dienste beschweren kann. Darüber hinaus wurden "Verwaltungsmaßnahmen für die Sicherheit der Touristen" erlassen.

Neben den allgemeinen Fahrten werden immer mehr Sonderausflüge angeboten, z.B. unter dem Titel "Chinesische Landschaft '93", "Chinesische Kulturdenkmäler '94", "Chinesische Folklore '95" und "Chinesische Urlaubsgebiete '96". (BRu 1995, Nr. 9, S 7-12) -we-

Innenpolitik

*(4)

Die Identitätskrise der Kommunistischen Partei: Ein interner Bericht

Auf einer nicht-öffentlichen Konferenz zur ideologisch-politischen Arbeit, die Anfang März vom ZK-Sekretariat der Kommunistischen Partei veranstaltet wurde, ist vor den Folgen einer tiefgehenden Identitätskrise der Partei gewarnt worden. Hu Jintao, das für die "Organisationsarbeit" zuständige Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, legte einen Bericht über "Fragen der gegenwärtigen innerparteilichen Überzeugungskrise und ideologischen Tendenzen" vor. (ZM, 1995/4, S.15-16.)

Hu stellte, ohne zu beschönigen, fest, daß unter den Parteimitgliedern bis in hohe Kaderränge hinein die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Systems zum Teil radikal in Frage gestellt würden.

- Die ideologische Verunsicherung unter Parteikadern und -mitgliedern käme unter anderem in der Auffassung zum Ausdruck, daß die internationale kommunistische Bewegung gescheitert sei: Der Untergang der Sowjetunion und die innerchinesische Entwicklung hätten deutlich gemacht, daß das sozialistische Entwicklungsmodell für die Modernisierung Chinas nicht die geeigneten Methoden bereithalte.
- Allerdings werde auch die Eignung eines kapitalistischen Entwicklungsmodells von vielen Parteimitgliedern bezweifelt. Manche verurteilten sogar

den nach 1979 beschrittenen Kurs als "revisionistische" Abkehr vom sozialistischen System der vorangegangenen drei Jahrzehnte.

- Andere seien der Ansicht, daß schon seit langem eine ausgeprägte "Entfremdung" gegenüber dem Sozialismus in der VR China bestehe und daß dies sogar eine günstige Voraussetzung für die wirtschaftliche Modernisierung darstelle.
- Westliche, "kapitalistische" Lebensanschauungen (*renshengguan*) und Philosophien gewannen in Teilen der Partei an Einfluß: Vereinzelt werde in Parteisitzungen über "abstrakte" Prinzipien des bürgerlichen "Humanismus" (*rendao zhuyi*) debattiert.
- Verbreitet sei die Einschätzung, daß die Arbeit der Partei im Bereich von Ideologie und Propaganda ihre Wirkung eingebüßt habe und kaum mehr zum Zusammenhalt der Organisation beitragen könne.
- Die von der Parteiführung verbindlich vorgegebenen "Vier Grundprinzipien" (Führungsrolle der Partei, "Demokratische Diktatur des Volkes", sozialistischer Entwicklungsweg, Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen) würden von einem Teil der Parteimitgliedschaft in Zweifel gezogen und nur noch als Lippenbekenntnisse hochgehalten.
- Einige bezweifelten sogar den "proletarischen" Charakter der KPCh und sprächen über die Notwendigkeit, das Parteistatut als Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu revidieren.
- Auch werde diskutiert, ob sich in der Partei als Folge der wirtschaftlichen Modernisierung und des sozialen Wandels eine neue "besitzende Klasse" durchsetzen werde oder gar eine "neue soziale Revolution" stattfinden könne.
- Andere befürworteten gar, daß die Partei den "kapitalistischen Weg" beschreiten solle, allerdings ohne ein System "bourgeoiser politischer Parteien" in China zuzulassen.

Hu Jintaos Diagnose der vielfältigen und widersprüchlichen politischen Strömungen innerhalb der Partei macht deutlich, welche tiefgreifenden Veränderungen durch die Reform- und Öffnungspolitik unter der Parteimitgliedschaft ausgelöst wurden. Es hat sich eine Pluralität von Meinungen und Überzeugungen entwickelt, die für die Zukunft des politischen Systems weitreichende Rückschlüsse zuläßt.

Mehrere Faktoren sind es, die bis jetzt die 54 Mio. Parteimitglieder umfassenden Kommunistischen Partei zusammenhalten: